

Politische Arbeit in Parlamenten – Eine ethnografische Studie zum politischen Feld

Jenni Brichzin

In meiner Dissertation setze ich mich mit politischer Praxis auseinander. Mit einer Form sozialer Praxis also, mit der die meisten Menschen tagtäglich irgendwie in Berührung kommen, und von der viele Menschen zumindest eine Idee haben: Es geht um gegenwärtige Problemlagen, es geht um gesellschaftliche Zielsetzungen und es geht, natürlich auch, um Macht. Aber was heißt es eigentlich genau, Politik zu „machen“? Was tut man, wenn man „politisch,“ aktiv ist? Das ist meist weit weniger klar. Dies gilt im gesellschaftlichen Alltag, aber übrigens auch für politische „Profis“ wie etwa parlamentarische Abgeordnete: Die Frage nach der Eigenart ihrer Tätigkeit quitierten viele der ParlamentarierInnen, die ich befragt habe, mit einer besonderen Häufung von „Ähs“, mit dem Tenor: „Was ich mache? Gar nicht mal so einfach zu sagen...“. Vor allem aber gilt die Diagnose konzeptioneller Unterbestimmung politischer Praxis auch auf wissenschaftlicher Ebene, und hier insbesondere für die professionelle politische Praxis in zentralen politischen Institutionen wie etwa dem Parlament. John Wahlke und Kollegen, Pioniere der Parlamentarismusforschung, bringen das Problem mit einer Analogie auf den Punkt:

„Ebenso wenig, wie man von sich behaupten kann Fußball verstanden zu haben, wenn man nur um das Ziel dieses Spieles weiß, mehr Tore zu erringen als die Gegenseite, genauso wenig kann das parlamentarische Geschehen allein durch die Feststellung begriffen werden, es ginge hier vor allem darum, ‚Gesetze zu machen‘.“ (Wahlke et al 1962, S. 136, Übers. JB)

Nur, weil man das Ziel des Spiels verstanden hat, hat man also in der Regel nicht schon das Spiel selbst verstanden. In diesem Sinne geht es mir um das Verständnis des parlamentarischen „Spiels“, genauer um die Frage: Welcher Logik folgt politische Praxis in Parlamenten?

Mit dieser Fragestellung bewege ich mich an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Politikwissenschaft. Sie macht eine eigentümliche Lücke im Verhältnis dieser beiden Disziplinen deutlich: Während eines der Hauptkenntnisinteressen der Politikwissenschaft nach wie vor in der Analyse politischer (Verfassungs-)Institutionen zu finden ist, unter ihnen zentral die Parlamente, bleibt die Frage nach der konkret in diesen Institutionen ablaufenden Praxis häufig weitgehend außen vor.

Auf welche Weise etwa Parlamente durch ihre Akteure – trotz massiver inhaltlicher, zeitlicher und normativer Überfrachtung – am Laufen gehalten werden, bleibt im Dunkeln. Eine besondere Expertise der Soziologie hingegen liegt genau in ihrer differenzierten Erfassung praktischer sozialer, speziell auch politischer Vollzüge. Sie überlässt jedoch die Beforschung politischer Institutionen weitgehend der Politikwissenschaft und fokussiert stattdessen auf im gesellschaftlichen „Alltag“ ablaufende politische Prozesse. Es zeigt sich also eine Forschungslücke dort, wo es um die Frage nach der politischen Praxis in politischen Institutionen geht. Erst in jüngerer und jüngster Zeit, etwa in den Arbeiten von Tanja Pritzlaff und von Thomas Scheffer, wird diese Frage gezielt adressiert. Dennoch gilt nach wie vor, insbesondere für Parlamente: “[...] *academia needs to turn to the political backstage and explore how politics is done as an activity*“ (Busby 2013, S. 95).

Um der so umrissenen Forschungslücke beizukommen, stütze ich mich auf Pierre Bourdieus Theorie des politischen Feldes. Diesem Ansatz entstammt ein Konzept politischer Praxis, das anders ansetzt als klassische, vor allem auf die Konzepte Macht bzw. Repräsentation rekurrierende Zugänge. Anstatt Politik allein mit reproduktiven Machtspielen oder mit der bloß rezeptiven Tätigkeit demokratischer Repräsentation zu assoziieren, misst Bourdieu der Politik auch eine produktive Dimension bei. Politik bringt, so Bourdieu, systematisch gesellschaftliche Bedeutung hervor – das politische Feld ist ein Feld kultureller Produktion. Politische Praxis ist entsprechend mit der Hervorbringung symbolischer Gehalte befasst – ihr Produkt sind „*idées forces*“, Ideen mit gesellschaftlicher Mobilisierungskraft also, die in der Lage sind, gesellschaftliche Gruppen hinter sich zu versammeln und so als Repräsentationen zu wirken. Damit dreht Bourdieu die gängige Vorstellung von Repräsentation um: Der zu repräsentierende Volkswille liegt gerade nicht schlicht gesellschaftlich vor und muss nur noch von den politischen Akteuren registriert werden. Sondern: Gesellschaftliche Repräsentation ist selbst erst Ergebnis der von den politischen Akteuren vorangetriebenen „Aussagearbeit“ – also des gerichteten Versuchs der Beeinflussung gesellschaftlicher Bedeutungsgehalte. Politisch wird es demnach überall dort, wo es um den Versuch der aktiven Beeinflussung unserer Sicht auf die Welt geht, wenn es also etwa um Fragen geht wie: Welchen Stellenwert billigen wir dem Schutz der Umwelt zu? Welches Augenmerk legen wir auf die Gleichheit von Geschlechterverhältnissen? Oder, ganz aktuell: Welche Perspektive nehmen wir ein, wenn es um den Andrang schutzsuchender Menschen aus anderen Ländern geht? In diesem Politikbe-

griff liegt aus meiner Sicht die zentrale Innovationskraft des Bourdieu'schen Zugangs zum politischen Feld: Politik erscheint als Medium der Gestaltung gesellschaftlicher Bedeutungsordnungen.

Dieser Theoriedesign erlaubt nun eine konkretisierte Reformulierung der zu Beginn aufgeworfenen Fragestellung nach der Logik parlamentarischer Praxis: Wie funktioniert die politische Arbeit der Herstellung wirkmächtiger Ideen in Parlamenten? Um dies zu beantworten, habe ich eine ethnografische Studie auf mehreren parlamentarischen Ebenen durchgeführt – im Bundestag, im Landtag, im Stadtrat, im Stadtteil. Dabei habe ich im Bundestag einen, ansonsten jeweils zwei Abgeordnete jeder parlamentarischen Ebene aus unterschiedlichen Parteien über je eine komplette Arbeitswoche hinweg bei allen ihren Terminen begleitet: Bei den klassischen parlamentarischen Sitzungen in der Fraktion, im Ausschuss, im Plenum ebenso wie bei kleineren Besprechungsrunden, bei Öffentlichkeitsveranstaltungen ebenso wie beim Kontakt mit BürgerInnen, LobbyistInnen, JournalistInnen. Es ging mir also darum, einen Einblick in parlamentarische Arbeitsprozesse in ihrem Gesamtzusammenhang zu erhalten und nicht einzelne, möglicherweise besonders im Fokus der Öffentlichkeit stehende Momente herauszugreifen. Wie ein kompletter parlamentarischer Tagesablauf aussehen kann, schildert eine der Abgeordneten im Interview:

„Wenn ich mir so einen Tag anschau, dann gehe ich in eine Schule, rede mit den Lehrern. Eine Stunde später sitze ich bei einem Großkonsortium Unternehmen X, keine Ahnung. Danach gehe ich in einen Wald und schau mir den neuen Waldweg an. Fahr danach zur Umgehungsstraße, und dann gehe ich zu Hr. Jöpp, weil er die Besprechung der Frauen hat, wo es darum geht, wie wir mehr Frauen gewinnen. Also, ja? Die Themen, also – schwierig finde ich [...] die Schnelligkeit, wie wir umschalten müssen, ein komplett anderes Thema. Das ist das Schöne, genau deswegen macht es so viel Spaß. Und, das ist das Anstrengende, sich sofort zu switchen.“ (Eck Int1 Z561)

An diesem kurzen Ausschnitt lässt sich erahnen, dass gerade dieser Gesamtzusammenhang die Besonderheit parlamentarischer Praxis ausmacht. Ein solches Studiendesign habe ich also zum einen gewählt, weil es mit dem Erkenntnisinteresse an politischen Praxisprozessen korrespondiert. Zum anderen aber auch, weil es mir ermöglicht, die beiden – wie ich in meiner Arbeit zeige – zentralen Verzerrungen der wissenschaftlichen Befassung mit Parlamenten zu vermeiden: Den „big decision bias“, der die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher BeobachterInnen bei den beson-

ders medienwirksamen Entscheidungen bannt und so die – mengenmäßig massiv überwiegenden – wenig öffentlichkeitswirksamen Entscheidungen aus dem Blickfeld drängt. Und den „big parliament“ bzw. „big arena bias“, der Relevanz durch Konzentration auf die öffentlich präsentesten Einrichtungen, also Bundestag bzw. Plenum, herzustellen versucht. Ethnografische Begleitung von Abgeordneten auf unterschiedlichen parlamentarischen Ebenen macht dagegen parlamentarische Praxis in ihrem Gesamtzusammenhang zugänglich, ohne die Eigenarten eines Parlaments mit der allgemeinen Logik parlamentarischer Praxis zu verwechseln.

Damit stelle ich nun mein empirisches Hauptergebnis vor: Ein Modell politischer Arbeit in Parlamenten. Kern dieses Modells sind die drei zentralen Formen politischer Arbeit, die ich empirisch rekonstruieren konnte. Ich habe diese drei Modi politischer Arbeit als „politisches Spiel“, „Themenabfertigung“ und „politische Gestaltung“ bezeichnet. Es handelt sich um drei unterschiedliche Wege, politischen Ideen Gestalt zu verleihen. Diese möchte ich nun in aller Kürze skizzieren. Zunächst zum „politischen Spiel“, das nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in der Wahrnehmung der Abgeordneten den in der Regel weitaus präsentesten Modus bezeichnet. Eine der Abgeordneten charakterisiert ihn so:

„Die anderen Parteien stellen Anträge und müssen darauf hoffen, dass sie abgelehnt werden, damit sie dann öffentlichkeitswirksam sagen können: Die Regierung ist eine Katastrophe und wir hätten euch so gerne geholfen, aber es geht leider nicht...“ (Eck Int1 Z455)

Ziel des politischen Spiels ist die Negativierung der Position des politischen Gegners und Propagierung der eigenen Position als positiv besetzte Deutungsalternative. Die Gestalt einer Idee wird erarbeitet, indem man in Abgrenzung von einer anderen Position eine eigene, neue (und natürlich bessere) konstruiert. Dieser Vorgang ist dabei durchaus produktiv: Indem von vorneherein klar ist, dass sich die eigene Position von der des Gegners unterscheiden muss, wirkt das politische Spiel als wahrer Generator alternativer Deutungen. Doch dieser Modus ist weder der einzige, noch möglicherweise der dominante politische Arbeitsmodus. Denn wie mit den politisch zu behandelnden Sachverhalten verfahren wird, hängt, so formulieren es viele der Abgeordneten, *„natürlich auch wieder vom Thema ab“*. Wie eine Idee bearbeitet wird, hängt demnach weder unmittelbar von der jeweiligen Arbeitssituation noch von den beteiligten Personen ab, sondern vielmehr vom Arbeitsgegenstand, dem politischen Thema: Handelt es sich um ein öffentlich als relevant erachtetes Thema, ein *„Resonanzthe-*

ma“, so werden die politischen Akteure eher auf das politische Spiel verfallen. Die Mehrzahl der Themen erzeugt jedoch nicht in dieser Weise öffentliche Aufmerksamkeit, sie werden lediglich als „*Marginalthemen*“ eingestuft. Haben Abgeordnete ein solches Marginalthema vor sich, so werden sie es nicht im Sinne des zeitaufwändigen politischen Spiels bearbeiten. Ziel ist es dann vielmehr, das Thema möglichst schnell, aber in legitimierbarer Weise, von der Tagesordnung zu bekommen – eben „abzufertigen“. In Bezug auf Marginalthemen gibt es sogar regelrecht implizite Normen der Bearbeitungsgeschwindigkeit, wie an den folgenden beiden Ausschnitten aus Sitzungsprotokollen deutlich wird:

Beim nächsten Tagesordnungspunkt der Fraktionssitzung gibt es einige Wortmeldungen, woraufhin die Vorsitzende mit schmerzverzerrtem Blick meint, nein, also zu diesem Punkt gebe es doch jetzt keine sechs Wortmeldungen! (Eck Fra14 Z214ff.)

Bei der Berichterstattung zu einem Tagesordnungspunkt der Ausschusssitzung betont die zuständige Abgeordnete nicht nur eingangs, dass sie ihren Vortrag kurz machen werde. Sie meint auch im Anschluss: Sie glaube, sie habe es wirklich kurz gemacht. (Eck Aus15 Z48ff.)

Der Modus der Themenabfertigung ermöglicht hohe Bearbeitungsgeschwindigkeiten, indem hier Ideen ihre (häufig unmittelbar plausible, dafür aber nicht sonderlich stabile) Gestalt durch Arrangement der in der Situation ad hoc aufscheinenden Argumente erhalten. Im Gegensatz zum politischen Spiel erfolgt die Arbeitsinteraktion in diesem Modus meist konstruktiv-konsensuell, denn: Positionenstreit raubt Zeit. Die Abhängigkeit der Arbeitsformen vom Arbeitsgegenstand lässt politische Sitzungen daher häufig recht merkwürdig erscheinen: Vom einen zum nächsten Tagesordnungspunkt kann die Dynamik sich komplett verändern: Wo eben noch antagonistische Konfrontation die Situation bestimmt hat, kann die Diskussion zu einem als eher nebensächlich erachteten Folgethema die gesamte Versammlung in Erheiterung ausbrechen lassen. Der letzte Modus, die politische Gestaltung, lässt sich nun hingegen nicht eindeutig einem Pol auf dem Kontinuum zwischen Marginal- und Resonanzthemen zuordnen. Es handelt sich um eine Arbeitsform, die selten in Reinform, dafür aber häufig in Verbindung mit den anderen beiden Modi auftritt. Sie ist dabei weder a priori am Ziel der schnellen Bereinigung der Tagesordnung, noch an der Propagierung der eigenen Position ausgerichtet. Hier ist vielmehr tatsächlich die Veränderung des gesellschaftlichen Status quo die primäre Arbeitsrichtung, wobei vor allem die Abgrenzung von bzw. kreative Nutzung des geltenden Rechts gestaltbildend wirken. Exemplarisch wird dies bei folgendem kommunalpolitischen Thema deutlich:

Der geplante Bau einer Brücke in einer Parkanlage spaltet die Gemüter – sowohl der ParlamentarierInnen, als auch der Öffentlichkeit. Partei A und B stehen auf Seiten der Naherholungssuchenden, die Autoverkehr ablehnen. Partei C steht auf Seite der AnwohnerInnen, die sich ohne Autoverbindung von ihrem Viertel abgeschnitten fühlen. Der Konflikt zieht sich bereits über mehrere Sitzungen hinweg, als die Sache plötzlich eine neue Wendung bekommt: Man fokussiert nun auf eine Verordnung, laut der die Brücke von vornherein so gebaut werden muss, dass sie „die meisten Einwirkungen aus PKW- und LKW-Verkehr“ trägt. So wird die Erschließung für Rettungsverkehr ermöglicht. Damit kommen die ParlamentarierInnen auf die (in Deutschland vielleicht etwas überraschende) Idee, einfach keine Schilder aufzustellen – weder solche, die das Autofahren verbieten, noch solche, die es explizit erlauben. Das Kalkül ist, dass sich Ortsunkundige nicht trauen werden, den Weg durch den Park zu nutzen, die AnwohnerInnen den Weg aber weiterhin passieren können. Auf diese Weise hätte man die meisten Autos verbannt und dennoch den AnwohnerInnen geholfen. (Adam Verw2, Aus3, Ple4, Ple7, AG8)

Professionellen politischen Akteuren gelingt es so im Laufe der Zeit, in Statuten und Satzungen nicht die rechtlichen Begrenzungen zu sehen, als die sie im Alltag wirken. Sondern sie erscheinen ihnen als Richtschnur für die Entdeckung neuer Möglichkeiten. Die Entdeckung von Möglichkeiten in sozialen Gegebenheiten kann so als zentrale Kompetenz politischer Akteure begriffen werden. Zusammenfassend macht dieses Modell politischer Arbeit mit Blick auf die Fragestellung damit vor allem dreierlei sichtbar. Erstens: Die Variabilität der politischen Arbeitsformen. „Die“ politische Arbeit gibt es nicht, „idées forces“ können auf unterschiedliche Weisen erzeugt werden. Zweitens: Die Selektivität der Formen politischer Arbeit in Abhängigkeit vom Arbeitsgegenstand, dem jeweils vorliegenden politischen Thema. Und drittens schließlich: Jene Kovarianz politischer Arbeits- und Interaktionsformen, die maßgeblich daran beteiligt ist, dass der politische Prozess dem Alltagsverständnis so unzugänglich ist.

Mit einer letzten Überlegung, die nun wieder auf die theoretische Ebene zurückführt, möchte ich meinen Vortrag beschließen. Eine Frage ist nämlich, genau genommen, immer noch offen: Inwiefern handelt es sich bei den im Modell beschriebenen verschiedenen Produkten politischer Arbeit denn nun um „wirkmächtige“ Ideen im Bourdieu'schen Sinne? So viel ließ sich zwar bisher feststellen: Politische Arbeit verleiht Ideen auf je unterschiedliche Weise Gestalt. Aber inwiefern verleiht sie ihnen dadurch zugleich jene Mobilisierungskraft, die „einfache“ Ideen erst zu „idées-forces“ werden lässt? Welche Leistung muss politische Arbeit dazu erbringen? Auch bei Bourdieu bleibt diese Frage bisher offen. Meiner Interpretation der empirischen Ergebnisse nach findet sich die Antwort im Begriff der Evidenz. Evidenz bezeichnet jenes Ereignis menschlicher Einsicht, bei dem Sachverhalte ohne große (etwa argu-

mentative) Vermittlungsnotwendigkeit in das eigene Deutungssystem übernommen werden und damit potentiell in Zukunft handlungsleitend wirken. Wann aber erscheint ein Sachverhalt in dieser Weise als „schlicht evident“? Politischer Arbeit muss es gelingen, zwei Momente in Einklang zu bringen: Sie muss die jeweilige Idee als „neue“ Idee konstituieren, um so erst die Notwendigkeit zur Einsicht hervorzurufen. Und sie muss an bestehende Bedeutungsordnungen anschließen, denn dies ist die Bedingung der Möglichkeit der (weitgehend) widerstandsfreien Übernahme eines neuen Gedankens. Empirisch hatte sich ja gezeigt, dass sich ein solcher Anschluss an symbolisch Bestehendes durch den abgrenzenden Bezug auf die gegnerische Position – im politischen Spiel – bzw. durch Inanspruchnahme des rechtlich geregelten Status quo – bei der politischen Gestaltung – realisieren lässt. Aber welche Leistung tatsächlich mit dem Unterfangen einhergeht, Evidenz erzeugen zu wollen, lässt sich erst vor dem Hintergrund der Arendt'schen Vorstellung von gesellschaftlicher „Pluralität“ ermessen, die zeigt: Evidenz kann weder durch den Bezug auf eine unumstößliche Wahrheit bzw. den emergierenden Volkswillen, noch durch den Bezug auf manifeste Interessengegensätze konditioniert werden. Nimmt man Pluralität als unermessliche Vielfalt möglicher Sichtweisen auf die Welt ernst, kommt der politischen Arbeit vielmehr die paradoxe Aufgabe zu: dort Selbstverständlichkeiten hervorzubringen, wo per se nichts mehr selbstverständlich ist.